



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/K/300 - 30.12.1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039 880

Hinweise
auf den Inhalt:

Gefährliche "Volksgemeinschafts"-Ideologie	S. 1
Belgien, Spanien und die UNO	S. 3
Vom Aufbau der westdeutschen Luftstreitkräfte - Eine Spezial-Information aus Hamburg -	S. 4
Normalbürger Müller am Neujahrsmorgen (Glosse)	S. 6

Staatspartei-Denken in der CDU

sp. Wir haben uns schon des öfteren mit dem Vorschlag der CDU für das Wahlgesetz beschäftigt. Der Entwurf zielt darauf ab, dieser Partei ein absolutes Übergewicht ihrer Abgeordneten zu sichern, auch wenn die Mehrheit der Bevölkerung anderer Meinung sein sollte. Was sich hier abzeichnet, ist besonders deutlich geworden in einem Aufsatz, den der Oberkirchenrat und führende CDU-Politiker E. Osterloh, gegenwärtig Ministerialdirektor im Ministerium Würlmeling, vor kurzen in der konservativ-katholischen Wochenzeitung "Rheinischer Merkur" unter der Überschrift "Die Zukunft der Unionsidee" veröffentlicht hat.

Osterloh unternimmt den Versuch, eine Parteideologie der CDU zu entwickeln, die ihre Alleinherrschaft auch "theoretisch" unterbauen und rechtfertigen soll. Er stellt zunächst fest, dass die CDU entstanden sei aus den gemeinsamen Erfahrungen von katholischen und evangelischen Christen im Kampf gegen den Nationalsozialismus. Er fährt dann fort:

"Mit der Entfernung von jener Epoche, in der antichristliche Gewalt und antidemokratische Macht identisch waren, wächst die Gefahr, dass die ursprüngliche Prägung des Unionsgedankens verblasst und sowohl ihre anziehende und sammelnde als auch ihre unterscheidende Kraft verliert."

Das ist eine zutreffende und kluge Bemerkung, denn man kann die Politik einer Partei auf die Dauer nicht an der Vergangenheit, sondern nur an den konkreten Aufgaben der Gegenwart orientieren. Dabei

entscheidet es sich, ob man den Willen und die Kraft aufbringt, Demokratie nicht nur als Freiheit für sich selber zu begreifen, sie ebenso als Freiheit für andere zu verwirklichen, ist schöner.

Hier aber wird es interessant. Osterloh schreibt an anderer Stelle:

"Es führt selbstverständlich in der Praxis zu erheblichen Schwierigkeiten, dass innerhalb der CDU alle überhaupt denkbaren Interessengruppen vertreten sind--- und durch alles hindurch natürlich auch noch spezifisch evangelische und katholische Interessen. Die Unionspartei spiegelt in sich ein ganzes Parlament wider... Ein solches Miteinander sehr spannungsreicher und teilweise sogar gegensätzlicher Kräfte verlangt eine ihnen gegenüber tolerante, aber sehr zielbewusste Führung, die es versteht, jedem das Bewusstsein zu geben, dass er zu dem Seinen gelangt, weil im Interesse aller das Ganze kräftig gefördert wird. Solange der Anteil am gemeinsamen Erfolg grundsätzlich jedem in gerechter Weise zugemessen wird, solange kann man immer wieder die Forderungen und Ansprüche der unterschiedlichsten Gruppen aufeinander abstimmen, weil sie auch einzeln, ausserhalb des umfassenden Verbandes der Union, realpolitisch keine grösseren Chancen für sich erwarten können". Und weiter: "Je mehr eine Partei... in ihrer Popularität auf breite und sehr unterschiedliche Schichten angewiesen ist, desto stärker deckt sich ihr ureigenes Interesse mit dem Wohle des Staates selbst."

Was bedeuten diese Zeilen? Osterloh sucht nach einer dauerhaften Formulierung des politischen Anliegens der CDU. Er übersieht dabei, dass die CDU tatsächlich eben nicht alle Schichten des Volkes vertritt. Das mag ihm klar geworden sein, wenn er sagt, man müsse allen Gruppen das "Bewusstsein" geben, sie seien bei der CDU gut aufgehoben. Das subjektive "Bewusstsein" allein ist aber bekanntlich keineswegs gleichbedeutend mit dem objektiven Sachverhalt praktischer Hilfe. Unsere Gesellschaft ist nach wie vor in Interessengruppen gespalten, und die industrielle Entwicklung wird - in Verbindung mit der Technik - diejenigen Gruppen stärken, die ihr entsprechen. Eine freiheitliche und gerechte Politik lässt sich also auf die Dauer nicht betreiben, wenn man jedem verspricht, ihm das "Seine" zu geben und das "Ganze" zu stärken. Solche Allgemeinplätze verschleiern nur die tatsächliche Situation und verraten die Unschlüssigkeit des Verfassers darüber, was denn nun praktisch zu tun sein.

Osterlohs Umschreibung der CDU als einem "ganzen Parlament" und sein Bemühen, aus der Struktur der Partei eine angenäherte Identität der CDU mit dem Staat schlechthin zu folgern, sind nichts anderes - man verzeihe den Vergleich - als eine Neuauflage der Ideologie der "Volksgemeinschaft". Mit den von Osterloh dargelegten Überlegungen wäre es mühelos möglich, auch eine Alleinherrschaft der CDU zu rechtfertigen, und hier wird die Verbindung zwischen seinem Aufsatz und den Wahlgesetzvorschlägen der CDU sichtbar.

Solchen Tendenzen muss man mit aller Schärfe entgegenreten. Die CDU ist in Wirklichkeit und im Gegensatz zum Wunschdenken Osterlohs alles andere als eine Vertretung der Gesamtinteressen unseres Volkes, und die klügeren Politiker dieser Partei würden das auch kaum von ihr behaupten wollen. Die Demokratie steht und fällt damit, dass die politischen Parteien sich einander in Regierung und Opposition ablösen. Wird dieses Grundgesetz der Demokratie durchbrochen, dann haben wir eine demokratisch getarnte Diktatur vor uns, auch wenn die Staatspartei sich "christlich" nennt.

Christlich-sozialer Sturmlauf gegen Spaak

-pt, Brüssel

Für Anfang Januar rechnet man im belgischen Parlament mit einer interessanten aussenpolitischen Debatte, die sich mit der Haltung des belgischen Vertreters bei der UNO bei der Aufnahme Spaniens in die Gemeinschaft der Vereinten Nationen befassen wird. Ausserer Anlass ist eine Interpellation, die der frühere christlich soziale Minister Struye im Namen seiner Partei eingebracht hat. Der tiefere Grund liegt im folgenden Zusammenhang.

Bei der Abstimmung über die Aufnahme Spaniens in die UNO hatte sich der belgische Vertreter der Stimme enthalten. Belgien nahm damit übrigens die gleiche Haltung ein wie Mexiko. Beide Staaten verhielten sich so, dass sie zwar kein Veto einlegten, wodurch auch die Aufnahme der übrigen neuen Kandidaten gefährdet worden wäre, sondern sich auf die Stimmenthaltung beschränkten, um so ihrer politischen Einstellung zum Franco-Regime unmissverständlich Ausdruck zu geben.

Nachdem schon die spanische Presse, vor allem das Zentralorgan der Falange, "ARRIBA", Belgien und Mexiko wegen dieser Haltung auf das heftigste angegriffen hatte, wobei man mit handelspolitischen "Gegenmassnahmen" drohte, machte sich in Belgien die christlichsoziale Presse zum Fürsprecher der spanischen Empörung. Man behauptete, Spaak habe durch seine Anordnung, Stimmenthaltung zu üben, seine Rolle als Vorkämpfer der europäischen Integration verlassen, Belgien habe nicht nur Spanien, sondern auch die USA beleidigt und Spaak habe Belgiens aussenpolitische Interessen einem "Diktat des sozialistischen Parteikongresses" geopfert. Auf dem Hintergrund dieser Pressekampagne brachte dann der frühere Minister Struye die erwähnte Interpellation aus, die zu einer entschiedenen Rechtfertigung der Haltung seiner Regierung durch Spaak führen dürfte.

Bemerkenswert ist, dass die belgische christlichsoziale Presse und die christlichsoziale Parlamentsfraktion in ihrer Interpellation völlig verschweigen, dass sich Belgien bei zwei Neuaufnahmen der Stimme enthielt. Nicht nur Spanien, sondern auch Albanien erhielt nicht Belgiens Zustimmung. Damit hat Belgiens Vertreter auf Spaaks

Anordnung, wenn man so will, den Willen der belgischen Sozialisten und Liberalen demonstriert, sowohl die Rechts- wie die Linksdikturen abzulehnen. Die Christlichsozialen dagegen sprechen mit der Unterdrückung jeden Hinweises auf das gleichartige Verhalten Belgiens gegen den Sowjetsatelliten-Staat Albanien aus, dass ihnen nur an der Zustimmung zur "Salonfähigkeit" von klerikalischen Diktaturen innerhalb der UNO liegt.

Zweifellos wird sich die zu erwartende Aussprache im belgischen Parlament sehr stark um diese Frage drehen, ganz abgesehen davon, dass Spaak die für die Christlichsozialen peinliche Frage aufwerfen wird, ob Belgien wirklich einer Regierung Freundschaftsbeweise schuldet, die seit Jahren den Protektor des Kriegsverbrechers Degrelle spielt und nicht nur sozialistischen, sondern auch christlichsozialen Regierungen, die Degrelles Auslieferung forderten, sehr kühle und bisweilen geradezu höhnische Ausflüchte machte.

+ + +

Das Luftwaffen-Bauprogramm der ersten Jahre

Vier westdeutsche Produktionsgruppen - Finanzierungssorgen

Aus Hamburg ging uns die folgende Information zu:

Vor kurzem haben zwischen Vertretern des Bundesverteidigungsministeriums und der Luftfahrtindustrie Besprechungen über den Aufbau der westdeutschen Luftstreitkräfte stattgefunden, wird aus dem Hause Blohm & Voess in Hamburg bekannt. Ihren ersten Eindruck fassten beteiligte Flugzeugindustrielle in nachfolgende sieben Punkte zusammen:

1. In absehbarer Zeit - in vier bis fünf Jahren - wird die Bundesrepublik nicht in der Lage sein, die 1326 Maschinen für die taktische Luftwaffe als westdeutsches NATO-Kontingent selbst anzufertigen oder zu ergänzen. Die für die Bundesrepublik vorerst vorgesehenen fünf frontverwendungsfähigen Typen werden durch die NATO bestimmt und sollen vorerst aus der nordamerikanischen, englischen, kanadischen und französischen Serienproduktion geliefert werden. Es handelt sich hier um drei Jagdtypen (Tagjäger, Nachtjäger und Jagdbomber) sowie um Transporter und Aufklärer.

2. Die westdeutschen Flugzeugfabriken werden eher die Möglichkeit erhalten, Flugzeuge für die untergeordneten Heeres-, Marine- und Ausbildungszwecke anzufertigen, auf welche die NATO nicht direkt Einfluss nimmt. Vorerst werden aber auch hier ausländische (belgische, italienische und französische) Modelle zum Zuge kommen, weil das Bundeswirtschaftsministerium aus handelspolitischen Rücksichtnahmen

auf deren Import drängt. Zum anderen muss die westdeutsche Flugzeugindustrie auch für diese Zwecke erst Modelle entwickeln, erproben und serienmässig erzeugen können. Das erste deutsche Flugzeug für Militärzwecke dürfte die nach dem Krieg im Ausland entwickelte Do 27 sein.

3. Das Bundesverteidigungsministerium drängt im Gegensatz zum Wirtschaftsministerium auf den Nachbau ausländischer Typen für die untergeordneten Aufgaben durch westdeutsche Flugzeugwerke, ohne aber verlorene Staatszuschüsse wenigstens für die Anlaufzeit zusichern zu können. Die Flugzeugproduzenten haben sich zu Arbeitsgemeinschaften zusammengeschlossen, finanzielle Vorstellungen geltend gemacht und die Nachbautypen unter sich aufgeteilt. Dabei wird kritisiert, dass Militärflugzeuge auf Drängen des Staates noch vor der Entwicklung von Zivilmaschinen zu fabrizieren sind, was das "organische Wachsen" der westdeutschen Luftfahrtindustrie erheblich stören werde.

4. Die Messerschmitt A.G. und die Ernst Heinkel A.G. werden als Arbeitsgemeinschaft die französische Düsenstrahlmaschine "Pougo - CM - 170 - Magister" in Lizenz nachbauen, wobei noch offen ist, ob sie vorerst auch in der Lage sein werden, Düsenantriebe herzustellen. Die Magister - ein Zweisitzer - besitzt Düsenantriebe an den Flügelenden, hat eine "Marschgeschwindigkeit" von gut 500 Stundenkilometern und benötigt vor allem nur Betonrollbahnen von 600 m Länge. In diesen Maschinen sollen die Piloten für die Düsenjäger der künftigen taktischen Luftwaffe Westdeutschlands ausgebildet werden.

5. Alle anderen Maschinen der westdeutschen Anfangsproduktion werden Kolbenmotoren besitzen. Das Duisburger Ingenieur-Büro Prof. Blumes und die Focke-Wulff-Flugzeugbau-G.m.b.H. sind ebenfalls als Arbeitsgemeinschaft bei der Fabrikationsvorbereitung zum Nachbau des italienischen Flugzeuges vom Typ "Piaggio P 149". Die Maschine - 260 Stundenkilometer, drei Sitze - soll mit Hilfe von Prof. Tank voraussichtlich in einer zu errichtenden Flugzeugwerft bei Kaltenkirchen - zwischen Hamburg und Lübeck gibt es dort ideales Flugplatzgelände - montiert werden, wobei die in Stines Hand befindliche Kieler MAK die 260 PS-Motoren zu liefern hätte.

6. Die Arbeitsgemeinschaft "Nord G.m.b.H.", welche sich aus der Blohm & Voss-Nachfolgefirma "Hamburger Flugzeugbau G.m.b.H.", der Bremer "Weser m.b.H.", der "Siebel AG", sowie "Henschel & Sohn" Kassel zusammensetzt, will den französischen Grosstransporter "Noratlas Typ Nr. 2501" herstellen. Die Maschine kann bei einem Aktionsradius von 1500 km gut 9000 kg Fracht mit 440 km pro Stunde schleppen. Sie hat Einrichtungen, welche den Abwurf von Jeeps mittels Fallschirm ermöglichen. Die vierte westdeutsche Flugzeugproduktionsgruppe schliesslich, das Lornier-Unternehmen, wird als einzige Firma ihren "Eigenbau", das "Heereshilfsflugzeug DO 27", ebenfalls nicht für Zwecke der taktischen Luftwaffe anzufertigen haben.

7. Um nun diese erste Fertigung Ende 1956 ablaufen zu lassen - wie es das Verteidigungsministerium wünscht - haben die Flugzeughersteller vom Bundesfinanzministerium eine Reihe "indirekter Finanzierungsbeiträge" gefordert, wie sie bisher von der Zivilflugzeug-

produktion nicht gewünscht worden sind. Dabei wird von folgenden Überlegungen ausgegangen: In jedem Arbeitsplatz der aufzubauenden Flugzeugproduktion müssen rund 8000 DM investiert werden. Das bedeutet bei vorerst 10 000 bis 15 000 Arbeitsplätzen ein Anfangskapital von 80 bis 120 Millionen DM. Dieser Betrag müsste als billiger langfristiger Kredit vom Staat bereitgestellt werden, wobei seine Rückzahlung durch vorteilhafte Abschreibungen zu ermöglichen sei.

+ + +

Wir heissen Euch hoffen...

FR. Ach, wie genussreich war doch für Normalbürger Müller die Zeitungslektüre der letzten Tage. Mitten im drückenden Alltag - von Rotationspapier und Ruckerschwärze - entstand ein ganzes Paradies. Kein Erzengel Gabriel oder sonst ein Beamter hinderte am Eintreten, die schlichte Bedingung lautete: Zutritt erst 1956.

Aber die Vorfreude, schönste und kindlichste aller Freuden, war Normalbürger Müller schon jetzt - amtlich - gestattet und glänzenden Auges konnte er einen Blick auf die Schätze werfen, die ihm zu Nutz und Frommen für das kommende Jahr aufgebaut worden waren.

Eine komplette Sozialreform, hingezaubert von Konrad Adenauer. (Hinweg mit dir, du lästiges Gedächtnis, das dich daran erinnern will, dass sie schon 1953, 1954 und 1955 "alle Jahre wieder" versprochen worden war.). Ein, man glaubt es kaum, Schaffer mit aufgeknapften Taschen stand auch für Dich, kleiner Mann, bereit. Gewiss, Du wurddest schon oft enttäuscht, aber könnte es nicht diesmal...

Ein pausbäckiger Erhard, fest wie ein stehengebliebener Weihnachtstmann anzuschauen, lockt mit stabilen Preisen, ein anderer wieder bietet ein von entwirrten Paragraphen einfaches Leben an. Im Raritätenkabinett kräht Würmeling "Kindergeld für's zweite Kind", und fachgerecht spaltet F.J. Strauss die friedlichen Atome. Und über allen schwebt die alte würdevolle Neujahrstoccata und Tuge "Hilfe für die Landwirtschaft, den Mittelstand, Handwerk, Handel und Gewerbe", untermalt von dem Gesang "Ja, ein ganzes Kriegsheer möcht' ich gerne haben".

Alles Träume? Nein, wer wollte so hart die Illusionen zerstören, alles kann man doch schwarz auf weiss lesen, von dem schon Altmeister Goethe sagt, dass man es getrost nach Hause tragen kann. In Neujahrseufrufen und Artikeln des Bundeskanzlers und seiner 19 Minister nebst nachgeordneten Bundesoberbehörden!

Und was sagt Normalbürger Müller dazu? Vielleicht hofft er weiter, vielleicht lacht er militärisch kurz auf oder tröstet sich mit der Weisheit Ben Akibas: Es ist alles schon einmal dagewesen. Er kann nur sagen - hoffnungsvoll, zweifelnd, resignierend oder wild mit den Jahresstäben rüttelnd: Na, denn Prost!

+ + +

Hinweis: Die nächste Ausgabe unseres Dienstes versenden wir am
2. Januar 1956 D.Red.

Verantwortlich: Peter Raunau